

„Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.“

geschrieben von Admin | 22. November 2025

Von Günter Keil

Dieser zutreffende Spruch, der abwechselnd Churchill, Einstein, Niels Bohr und Karl Valentin zugeschrieben wird, betrifft sicherlich die Wissenschaft ganz besonders, nicht jedoch die Politik – besonders wenn sie zielsicher auf den wirtschaftlichen Abgrund zusteuert, wie das in unserem Lande geschieht. Diese Fähigkeit hat der Autor dieser Zeilen im September 2011 (zur Erinnerung kurz nach Angela Merkels Ethik-Kommission und ihren Kernkraft-Ausstieg) in einem E-Mail-Wechsel mit dem französischen Physiker Flocard des CNRS (Centre National de la Recherche Scientifique) tatsächlich präsentiert. War auch eigentlich nicht schwierig.

Der Text meiner Mail erklärt die Entstehung der Prognose.

„Sehr geehrter Monsieur Flocard. Ich danke für Ihr Angebot, mir das Dokument „The Electricity of France, Sept. 2010- Aug.2011“ als Download zur Verfügung zu stellen.

Zu meinem Artikel, auf den Sie sich beziehen, möchte ich einiges ergänzen: Es ist nicht unbedingt meine Absicht gewesen, die gegenwärtige deutsche Energiepolitik im Ausland lächerlich zu machen – obwohl sie absolut lächerlich ist. Meine Kritik ist an die deutschen Leser (und Wähler) gerichtet und soll ihnen demonstrieren, dass wir hier zur Zeit keine seriöse Energiepolitik haben. Natürlich ist auch das benachbarte Ausland betroffen, und zwar in dreifacher Hinsicht: – Die Preise an den europäischen Strombörsen steigen durch das Abschalten der deutschen Kernkraftwerke. Daher wird man auch im Ausland für Merkels Politik bezahlen müssen. – Deutschland liefert jetzt keinen Grundlaststrom mehr ins Ausland, sondern importiert jetzt Strom – überwiegend aus Frankreich, Tschechien und Polen. Das könnte im Winter zu Engpässen in Deutschland führen. – Deutschland wird nun seine selbst gewählte Rolle als vorbildlicher Klimaschützer in Europa aufgeben müssen, weil jetzt viel Kohle und Erdgas für die Stromerzeugung eingesetzt wird. (Anm.: Das war bereits eine Prognose). – Es gibt übrigens in Europa eine ebenso irrationale Parallele zur deutschen Energiepolitik. Die Politik der englischen Regierung Cameron. Dort versucht man eine grüne Energiepolitik – und das droht sehr teuer zu werden. (Siehe die Berichte von Dr. Benny Peiser im CCNet).

Meine Prognose für Deutschland

1. Die Regierung Merkel verliert die Wahlen in 2 Jahren. Dann bekommen

wir eine rot-grüne Regierung (SPD und GRÜNE), die Merkels katastrophale Energiepolitik genau so weiter führen wird.

2. Dann kommt es unweigerlich zu immer höheren Strompreisen (EU-Energiekommissar hat das schon scharf kritisiert – er ist übrigens ein führendes Mitglied von Merkels CDU-Partei). Wenn die Strompreise dann vollkommen unerträglich werden und die Industrie aus Deutschland weggeht; vielleicht kehrt man dann um. Es muss aber erst sehr teuer werden, damit die Menschen es schmerzlich spüren.

Das sind keine schönen Aussichten.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Keil (Ende der E-Mail an Monsieur Flocard).

Liebe EIKISTOS: Ich berichte das nicht, um anzugeben. Diese Prognosen betrafen die Zukunft dermaßen perfekt, dass es wohl keine Hellseherei war, sondern die logische und unvermeidliche Konsequenz der Merkel'schen Politik – die keineswegs eine Energiepolitik war, sondern nur die sofortige Benutzung des Unfalls in Fukushima (3 Tage danach) zur Machterhaltung. Die dazu erfundene Ethik-Kommission, der kein Energieexperte angehörte, und deren vorbereitetes Votum zur Rechtfertigung der geplanten Zerstörungsmaßnahmen benötigt wurde, war beispiellos. Funktionierte aber. Insofern hat die Physikerin Angela Merkel in der Tat eine Methode erfunden, die gleichzeitig die Ökonomie, die Mathematik und auch die Physik außer Kraft setzen konnte. Und das Nobelpreis-Komitee hat es ignoriert.

CO₂ ist Leben

Wasserdampf ist das klimabestimmende Element

Er ist im Schnitt mit **135 Molekülen in 10.000** Molekülen Luft vorhanden, und verantwortlich mit sehr großen Infraroteigenschaften für Aufnahme und Wiedergabe von Strahlung und zusätzlich verantwortlich für Luftfeuchte, Regen, Schnee, Eis, Wolken und damit Albedo.

Und das eint alle Klimaforscher weltweit.

CO₂ hingegen ist nur mit **4 Molekülen auf 10.000** Moleküle Luft vorhanden, und nur mit 2 (im Vergleich) winzigen Infrarotbändern bestückt. Und davon nur eines (wie man sagt) anthropogen ist. Es hat keines der oben genannten zusätzlichen Eigenschaften, **jedoch, wenn die CO₂ Konzentration unter 200 ppm (0,02 Vol%) fällt, beginnen die Pflanzen zu verhungern. -Und mit ihnen alles Leben auf der Welt,**



Haben die Europäer Angst vor dem Erfolg?

geschrieben von Admin | 22. November 2025

Der Widerstand gegen alles Bewährte

Edgar L. Gärtner

Der weinerliche Abgang des ehemaligen grünen Vizekanzlers Robert Habeck ist nur eines von mehreren Symptomen des Niedergangs der Grünen, der „Partei der organisierten Unqualifizierten“ (Roland Tichy) als einflussreiche politische Bewegung. Als die erste Parlaments-Fraktion der Grünen in den 80er Jahren in den „Langen Eugen“, das Abgeordnetenhaus des Bonner Bundestags einzog, gebärdeten sich die Wortführer der Grünen als ausgesprochen technikfeindlich, indem sie die Installation von PCs ablehnten. Auch mit dem Mobilfunk über „Handys“ standen sie zunächst auf Kriegsfuß. Aber das Eis brach, als sich eine führende Hamburger Grüne mit Handy vor TV-Kameras zeigte. Der 1989 gestartete grüne Wirtschaftsinformationsdienst „Ökologische Briefe“, bei dem ich mehrere Jahre lang arbeitete, besaß Deutschlands erstes voll vernetztes PC-Redaktionssystem. Der Vorwurf, die Deutschen und speziell die Anhänger grüner Ideen seien technikfeindlich, bleibt also an der Oberfläche.

Es ist unübersehbar, dass die Ex-68er und Grünen aller Parteien nichts von der Losung „Keine Experimente!“ halten, mit der die Adenauer-CDU in den 50er Jahren auf Stimmenfang ging. Denn der von ihnen eingeleitete gleichzeitige Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Kernkraft und deren Ersatz durch unstete „Erneuerbare“ ist ein geradezu waghalsiges Experiment. Ich gebe also eher dem bei uns inzwischen dämonisierten Tech-Milliardär Peter Thiel recht, der den Deutschen und Europäern statt Technikfeindlichkeit und Neuerungs-Angst „Angst vor dem Erfolg“ bescheinigt. Diese Angst hat sicher auch damit zu tun, dass die in Westeuropa herrschende moralingetränkte politische Elite gerne Experimente beginnt, deren Scheitern bei einer vernünftigen Betrachtung von vornherein absehbar ist.

Verrückte Experimente

Zu diesen verrückten Experimenten gehört zweifelsohne die Öffnung unserer Grenzen für die illegale Einwanderung von Millionen junger Männer aus muslimischen Gewalt-Kulturen. Dazu gehört aber auch der Versuch, die längst gescheiterte „Energiewende“ durch den Einsatz von kaum bezahlbaren Wasserstoff als Allheilmittel doch noch zu retten. Hinter der „Energiewende“ steht die irrige Überzeugung, die

Durchschnittstemperatur der Atmosphäre durch eine Drosselung der CO₂-Emissionen senken zu können. Doch es gibt, wie die im Juli 2025 von fünf Spitzenforschern an das US-Energieministerium vorgelegte nüchterne Bestandsaufnahme zeigt, keine Anhaltspunkte für einen maßgeblichen Einfluss des CO₂ auf die Klimaentwicklung. Doch das ist nicht der einzige überhebliche Anspruch der europäischen Politik, der von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Denn nicht zuletzt muss man auch das deutsche und europäische Engagement im Ukraine-Krieg, unabhängig von der Frage nach der Kriegsschuld, zu der Liste vermessener und potenziell tödlicher Experimente fügen, durch die sich deutsche Politiker seit einigen Jahren auszeichnen. Berlin und Brüssel hintertreiben, wie es aussieht, das von US-Präsident Donald Trump ausgesprochen Friedensangebot an Russland, obwohl sie auf russisches Gas und Öl angewiesen sind, solange es dazu keine bezahlbaren Alternativen gibt. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) führt hier, entgegen seinen Versprechungen im Wahlkampf, die Politik der gescheiterten „Ampelkoalition“ beinahe bruchlos weiter. Der heute herrschenden Politiker-Generation fehlt offenbar der Kompass für Maß und Ziel politischen Handelns. Der Realitätsverlust der Politik droht in eine ausweglose Situation zu führen, die die Gefahr eines Bürgerkriegs herausbeschwört. Wir sind konfrontiert mit dem grundlegenden Problem einer Mentalität, die den wirtschaftlichen und politischen Selbstmord Deutschlands in Kauf nimmt, um angebliche Gefahren zu bekämpfen.

Die in der Zeit der Renaissance vom Arzt Theophrastus Bombast von Hohenheim (genannt Paracelsus) aufgestellte Regel, wonach erst die Dosis einen Stoff zu Gift werden lässt, hat sich als überzeitlich gültig erwiesen. Was in unseren Sensations-Medien über Giftwirkungen berichtet wird, ist demgegenüber meist irreführend, denn dort steht der Nachweis verdächtiger Stoffe im Mittelpunkt, nicht aber die Frage, ob die gemessenen Konzentrationen schädlich sein können. Unterschlagen wird dabei, dass potenziell tödliche Gifte in niedrigerer Konzentration als Stimulantien oder gar als Dopingmittel wirken können. Das Paradebeispiel dafür ist Arsen. Das gilt auch für die von vielen Menschen als unheimlich empfundene Radioaktivität. Diese Effekte sind Gegenstand der Hormesis-Hypothese, wonach die Entwicklung des Lebens auf der Erde ohne die Überkompensation widriger Reize gar nicht möglich wäre. Da den Menschen aber ein Sinn für die Abwägung von Risiken und Wahrscheinlichkeiten fehlt, versuchen sie nicht selten, Risiken zu umgehen, indem sie (unbewusst) noch größere Risiken eingehen.

Eine Kultur des Narzissmus

Formularbeginn

Der Narzissmus, eine durch elterliche Erziehungsfehler (zu viel Lob) verursachte Reifestörung, hat in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Auffällige Neurosen werden hingegen immer seltener. Im Unterschied zu Neurosen ist der Narzissmus aber nur schwer heilbar. Der

amerikanische Historiker Christopher Lasch konstatierte schon gegen Ende der 1970er Jahre in seinem Buch „Das Zeitalter des Narzissmus“ die Ausbreitung einer dekadenten Kultur der Selbstliebe im ganzen Westen. Die Studentenrevolte von 1968 war nach seiner Ansicht nur ein Ausdruck dieses Kulturbruchs. Dessen Hauptursache sah er schon damals in der Ablösung des patriarchalischen durch den matriarchalischen Führungsstil in Politik und Wirtschaft und in der damit verbundenen Infantilisierung der Menschen durch eine ausufernde Sozialbürokratie. In Deutschland und Österreich haben die Psychiater Raphael Bonelli im Bestseller „Die Weisheit des Herzens“ und Hans-Joachim Maaz im Buch „Das falsche Leben. Ursachen und Folgen unserer normopathischen Gesellschaft“ diesen Befund bestätigt.

Narzissten glauben im Grunde an nichts richtig. Sie richten ihren durch enttäuschte Selbstliebe entstandenen Selbsthass in Form der obsessiven Beschäftigung mit möglichen Schadstoffen gegen sich selbst. Sie konzentrieren sich darauf, ihre innere Leere und vagabundierenden Ängste durch moralische Überheblichkeit, durch scheinbar gute Taten oder auch durch die Kultivierung von Schuldkomplexen und deren Nutzung für die eigene Imagepflege zu überspielen. Ideologischer Ausdruck des Selbsthasses ist der Postmodernismus. In seinem Kern beruht dieser auf der uralten Häresie des Gnostizismus, das heißt auf dem Glauben an die Möglichkeit der Erlösung des Menschen durch Selbstermächtigung. Aus diesem Grund ordnen die Postmodernen die Frage, ob etwas wahr ist oder falsch, der manichäischen Entgegensetzung von „gut“ und „böse“ unter. Es kommt dann nicht mehr darauf an, ob etwas wirtschaftlich nützlich ist, sondern ob es von postmodernen Gurus für „gut“ und schick erklärt wird. Natürlich spielt auch die Geldgier eine Rolle, sobald der Zug zum „Guten“ erst einmal in Bewegung gekommen ist. Die Postmodernen halten deshalb die Sprache nicht mehr für ein Mittel, die Wahrheit zu erkunden und mitzuteilen, sondern benutzen sie als Waffe, um ihre Gegner durch die Moralisierung von Sachfragen zum Schweigen zu bringen.

Die Ablehnung des Bewährten

Grundlage der gutmenschlichen Bewegung ist nicht die Angst vor dem Neuen, sondern der Generalverdacht gegen alles Bewährte. Nur der Selbsthass kann erklären, warum eine ganze Generation die Errungenschaften und Lehren ihrer eigenen Geschichte in den Wind schlägt. Das bestätigt nicht zuletzt die Kampagne gegen den Betrieb und den Neubau von Kernkraft- und Kohlekraftwerken oder die Förderung von heimischem Erdgas und Erdöl mithilfe des so genannten Frackings – alles im Namen einer atemberaubend abenteuerlichen „Energiewende“. Deren Ziel ist die Ablösung verlässlicher durch unstete, aber für „sauber“ erklärte Solar- und Windenergie.

Zwar waren unsere Kohlekraftwerke bis in die 1980er Jahre tatsächlich „Dreckschleudern“. Doch infolge einer breiten Kampagne gegen das (vermeintliche) „Waldsterben“ wurden ihre Rauchgase noch im gleichen Jahrzehnt mithilfe aufwändiger Filter entstaubt und entschwefelt und

später auch von giftigen Stickoxiden befreit. Die abgasfreien deutschen Kernkraftwerke liefen ohnehin beispielhaft sicher. Doch die Havarie eines anders gebauten und militärisch genutzten Kernreaktors im ukrainischen Tschernobyl rief in Deutschland die Gegner dieser zwar nicht idealen, aber durchaus zuverlässigen Technik auf den Plan. Da sicherheitstechnisch begründete Einwände gegen die Kerntechnik bei uns unglaublich gewesen wären, schoben deren Gegner stattdessen das Argument fehlender Entsorgungsmöglichkeiten für die radioaktiven Abfälle aus Kernreaktoren in den Vordergrund.

Dabei gab es vielversprechende Forschungen über das Recycling beziehungsweise die Transmutation und die energetische Nutzung dieser Rückstände in so genannten Brütern und ähnlichen Reaktoren wie heute vor allem in dem vom Kernphysiker Götz Ruprecht in privater Initiative entwickelten „Dual Fluid-Reaktor“, der Uran und andere Kernbrennstoffe 20 mal effizienter nutzen soll als herkömmliche Kernreaktoren. Doch der ursprünglich als Einstieg in eine neue Etappe der Kernenergie-Nutzung gefeierte „Schnelle Brüter“ von Kalkar am Niederrhein wurde eingemottet und in eine Freizeit-Attraktion verwandelt, bevor er überhaupt die erste Kilowattstunde Strom liefern konnte. Die damit befassten Forschungseinrichtungen wurden aufgelöst. Heute nutzen die Russen mit Erfolg die Brüter-Technik im BN-800 mit einer elektrischen Leistung von 880 Megawatt in Zaerchny bei Sverdlowsk. In Zukunft wird es vielleicht möglich sein, mithilfe von Transmutationen den Traum von der „Kalten Fusion“ zu verwirklichen. Zwar unterstützt die deutsche Regierung im Rahmen der EU die Erforschung der der noch immer als utopisch erscheinenden technischen Nutzung der thermonuklearen Fusion mit Milliarden. Doch der erste Demonstrationsreaktor auf der Basis des greifbareren Dual-Fluid-Konzepts wird in Ruanda und nicht in Deutschland errichtet.

Abwertung der Tradition

Die mehr oder weniger bewusste Abwertung und Diffamierung alles Bewährten beschränkt sich nicht auf technische Probleme. Viel bedenklicher ist, was wir im gesellschaftlichen Leben beobachten. Das beginnt mit der Abwertung der klassischen Familie aus Großeltern, Eltern und Kindern, die sich mit dem Übergang zu Ackerbau und Viehzucht als Form des sesshaften Zusammenlebens durchgesetzt hat und in christlicher Zeit nicht nur durch ökonomische Not, sondern auch durch das unauflösliche Eheversprechen vor Gott zusammengehalten wurde. Ich glaube nicht, dass dieses Verhältnis immer eine ungetrübte Idylle darstellte. Doch hat es sich seit etwa 10.000 Jahren unterm Strich bewährt. Das kann man von den neuen, als „bunt“ und „fortschrittlich“ gepriesenen Formen des Zusammenlebens in polygamen Ehen, Wohngemeinschaften, Patchwork-Familien und Homo-Ehen nicht unbedingt sagen. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Doch die postmoderne Neuerungssucht geht noch wesentlich weiter: Glaubt man Angela Merkel und ihren Nachfolgern, sollen wir schon in naher

Zukunft auf die Sicherheit eines Rechtsstaates verzichten und die Formen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens jeden Tag neu aushandeln müssen. Statt verlässlicher gesetzlicher Bestimmungen wird dann wohl das archaische Faustrecht gelten, zumal die von Angela Merkel mit einem Akt der Selbstermächtigung ins Land geholten arabischen und asiatischen Invasoren zumeist nur die Logik des Tribalismus kennen, wonach alles außerhalb ihrer Stammesgemeinschaft als Feindesland und/oder potenzielle Beute gilt. So konnte die damalige „Integrationsbeauftragte“ der deutschen Bundesregierung Aydan Özügüç (SPD) ungestraft die Existenz einer deutschen Kultur leugnen und sich für eine Legalisierung der „Kinderehe“ und eine Auflösung der deutschen Nation in einer multikulturellen Utopie der „gleichberechtigten Teilhabe“ aussprechen. Demnächst wird man sich bei uns, im Namen der „Gleichheit aller Weltkulturen“, wohl auch an das Wiederaufkommen verschiedener Formen von Menschenopfer und Kannibalismus gewöhnen müssen.

Mir fällt da ein, was Thomas Mann in seinen (später größtenteils widerrufenen) „Betrachtungen eines Unpolitischen“ (1920) bemerkte: Deutschland werde im Unterschied zum apollinisch-sokratischen Westen stärker von dionysischen Elementarkräften bestimmt. Dionysmus bedeutet das Sich-Gehenlassen entsprechend kurzsichtiger Impulse. Um diese Bemerkung zu würdigen, müsste man aber wissen, was unter dem „Westen“ zu verstehen ist. Thomas Mann meinte damit seinerzeit höchstwahrscheinlich nicht das laizistische Frankreich, wo Dionysische Blutorgien in Form der Rezeption literarischer Erzeugnisse des Marquis de Sade oder der Umsetzung jakobinischer Politik durch die Guillotine und den Genozid der Vendée gefeiert wurden, sondern eher ein Hinweis auf die nüchterne angelsächsische Tradition oder vielleicht, noch besser, auf eine Art Neuaufgabe oder Neugeburt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Dionysische Züge hatte in seinen Augen dagegen die in den deutschen Landen stets wirksame Versuchung der Loslösung von Rom, die im Endeffekt zum Dreißigjährigen Krieg führte. Wir können erst heute richtig verstehen, warum der Apostel Paulus und nach ihm die wichtigsten Kirchenväter so großen Wert darauf legten, die katholische Kirche in die römische Tradition zu stellen, obwohl diese der Sklaverei und dem Machismus Raum gab. Denn Rom beziehungsweise das römische Recht steht für die Überwindung des Tribalismus durch den juristischen Universalismus.

Es geht hier nicht um Formen der Frömmigkeit, sondern um eine christliche Kultur, die direkt oder indirekt auf dem Glauben an den stellvertretenden Opfertod Jesu Christi am Kreuz und die Möglichkeit der Wiederauferstehung beruht. Diese ermöglicht nach Auffassung von René Girard die Überwindung des archaischen Sündenbock-Mechanismus. Nur auf dieser Grundlage ermöglicht das römische Recht die Überwindung von Kannibalismus und Sklaverei. Tatsächlich gab es die außerkirchliche Bewegung der Aufklärung nur in dem vom christlichen Menschenbild geprägten lateinischen Teil Europas. Deren Illusion von Berechenbarkeit, auf die ich auf dieser Plattform hingewiesen habe, verhinderte nicht, dass die zuvor machtpolitisch korrumpierte katholische Kirche unter dem

Einfluss der Renaissance bzw. frühen Aufklärung im ökumenischen Reform-Konzil von Trient (Tridentinum), das zwischen 1545 und 1563 tagte, wieder zurück zur Friedens- und Liebesbotschaft der Bibel fand. Doch die europäische „Elite“ leugnet heute die christlichen Wurzeln der Aufklärung. So vermag auch ihr Fußvolk die Verteidigung der Menschenwürde gegenüber politischer Willkür nicht mehr vernünftig zu begründen und steht dem woken Nihilismus wie dem islamistischen Gewaltpotenzial zusehends hilflos gegenüber. Werden die Europäer wieder lernen, sich am Bewährten zu orientieren, statt wahnwitzigen Öko- und Multikulti-Utopien auf den Leim zu gehen?

Ein Alarmbrief an den Kanzler

geschrieben von Admin | 22. November 2025

von Peter Würdig

Und es ist wirklich Alarm:

denn „noch nie waren so viele gute Arbeitsplätze bedroht!“ Darüber berichtete jetzt Merkur: Energie-Alarmbrief erreicht Merz: „Nie waren so viele gute Arbeitsplätze bedroht“ Nun, das ist wirklich keine überraschende Nachricht, denn die De-Industrialisierung ist seit einiger Zeit voll im Gange. Deutschland ist trauriger Spitzenreiter, was die Höhe des Strompreises betrifft, und da der Preis für elektrische Energie in vielen Produkten der Industrie (und auch des Mittelstandes) eine wichtige Rolle spielt, können viele Firmen mit der Konkurrenz des Auslands nicht mehr mithalten. Besonders aus den kriselnden Industrie-Branchen kommt jetzt massive Kritik. So meldeten sich nun die Arbeitnehmervertreter der ostdeutschen Chemie- und Stahlindustrie zu Wort. Beide Branchen stecken seit längerem im deutschen Rezessions-Dilemma fest.

Das falsche Rezept.

Für die Politik ist das kein neues Problem, und nun versucht es die Bundesregierung unter Kanzler Merz mit der Senkung der Stromsteuer für die Industrie. Wenn wir eine Situation hätten, dass auf einem angemessenem Netto-Preis für elektrische Energie eine viel zu hohe Steuer läge, dann wäre das eine richtige Maßnahme. Tatsächlich ist die Situation jedoch genau umgekehrt: es sind eben nicht zu hohe Steuern, die sind ja vergleichsweise angemessen, denn dass Verbrauchsgüter mit Steuern belegt sind, ist ganz normal, die Leistungen der staatlichen Verwaltung müssen ja bezahlt werden. Tatsache ist jedoch leider, dass

der Preis von Strom vor Steuern schon viel zu hoch ist, das hat man mit der Energiewende geschafft. Damit ist das jetzige Verfahren, das ja auch noch für eine heftige Diskussion gesorgt hat, da die privaten Haushalte nicht entlastet werden sollen, nur ein Placebo-Effekt. Und nun äußern sich die Vertreter der Branchen deutlich: Die Pläne des Merz-Kabinetts, Unternehmen im Bereich der gestiegenen Energiepreise zu entlasten, gehen ihnen ganz klar nicht weit genug. Dies geht aus einem Brandbrief hervor, in dem sich die Vertreter der ostdeutschen Stahl- und Chemieindustrie direkt an den Bundeskanzler gewendet haben. Um an den Kern der Problems heranzugehen fehlt der Politik offensichtlich der Mut und auch die Kraft. Es kommt ein Weiteres hinzu: wenn Steuern gesenkt werden stellt sich die Frage der Gegenfinanzierung, welche Leistungen der Verwaltung sollen gekürzt werden, oder sollen noch höhere Schulden aufgenommen werden ?

Energiewende misslungen ?

Die Branche spart in ihrem Brandbrief nicht mit deutlichen Formulierungen. Der im Kabinett beschlossene Booster geht den Unternehmen nicht weit genug. Man wolle „keine Subventionen nach Gutsherrenart, sondern vernünftige Rahmenbedingungen“. Die Energiewende an sich wird im Brief als „bislang gründlich misslungen“ bezeichnet.

Kann man die Energiewende wirklich als „gründlich misslungen“ bezeichnen ? Das hängt davon ab, was mit der Energiewende bezweckt werden soll. Wenn der Zweck der Energiewende ist, dass sich die Besitzer von großen Flächen, also die Windmühlenbarone, die Taschen stopfen können für eine Leistung, die im freien Markt niemand freiwillig abnehmen würde, dann muss man die Energiewende als hervorragend gelungen bezeichnen. Sollte damit jedoch eine preiswerte Energie-Versorgung für ein Industrieland gemeint gewesen sein, dann hätte man das ja auch ganz anders anfangen müssen, nicht mit dem EEG und einer ausufernden Planwirtschaft, sondern zunächst ein Versuch im Kleinen, wie z.B. mit dem Projekt „Smart region Pellworm“, EIKE hatte darüber berichtet, hier: Vom Winde verweht – die Pellworm-Pleite, lebendige Eindrücke aus einer „Smart region“ – EIKE – Europäisches Institut für Klima & Energie und hier: Wenn schon pleite, dann aber richtig ! Ein Nachruf auf die „Smart region Pellworm“ – EIKE – Europäisches Institut für Klima & Energie Man hätte diese Ergebnisse auswerten müssen statt das dann alles unter den Teppich zu kehren, da schon der Versuch für eine kleine Insel gründlich misslungen war.

Wie geht es weiter ?

Nun müssen wir leider erwarten, dass die Energiewende weiter noch gründlicher misslingen wird, denn der weitere Ausbau von Windmühlen und PV-Anlagen geht ungehemmt weiter, was im Brandbrief auch deutlich kritisiert wird. Tausende von Windkraftanlagen und PV-Anlagen sind errichtet worden, wofür Subventionen von vielen Milliarden aufgebracht worden sind. Allerdings, keine einzige dieser Anlagen ist in der Lage,

Energie verbrauchsgerecht zu liefern. Für jede dieser Windmühlen oder „Balkon-Kraftwerke“ braucht man ein Backup-Kraftwerk, das die wetterabhängig schwankende Erzeugung sekundengenau ausgleicht. Die letzten drei noch verbliebenen Kernkraftwerke, die für diese Aufgabe hervorragend geeignet waren, wurden unter der Regierung Scholz abgeschaltet und dann zerstört. Das Kraftwerk Moorburg in Hamburg, eines der modernsten Kohlekraftwerke, wurde jüngstens abgeschaltet und abgerissen, und die noch verbliebenen Kohlekraftwerke sollen ebenfalls abgerissen werden. Für die dann fehlende

Grundlast-Versorgung sollen Gaskraftwerke mit einer Leistung von bis zu 20 GW errichtet werden, und nicht nur der Aufbau dieser Werke erfordert Subventionen ohne Ende, niemand weiß auch bisher, wo das Gas dafür herkommen soll und was das kosten wird. Eine wirkliche Entlastung können Industrie, Mittelstand und private Verbraucher nicht erwarten, es kommen im Gegenteil immens steigende Kosten auf uns zu.

Trinkwassermangel wegen Klima. Stimmt das?

geschrieben von Admin | 22. November 2025

Von Uta Böttcher.

Die Angst vor Wasserknappheit ist nicht unbegründet – allerdings nicht wegen des Klimawandels, sondern wegen maroder Wasserleitungen. 800 Milliarden Euro würde die Sanierung kosten.

Ist „Sondervermögen“ nicht ein wunderschöner Name für die Neuverschuldung des Staates? Fast so schön wie der Name „Elster“ für die Online-Plattform des Finanzamtes! Am 21. März 2025 wurden 500 Milliarden Euro Staatsverschuldung beschlossen, für die Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen für Infrastruktur und Klimaneutralität. Durch die Lockerung der Schuldenbremse im Grundgesetz könnte dies bis zum Jahr 2036 eine Neuverschuldung von rund einer Billion Euro bedeuten, wenn alle nun ermöglichten Verschuldungsspielräume ausgenutzt werden (siehe auch hier).

Eine große Summe. Doch 800 Milliarden Euro Sanierungsbedarf hat allein unsere Wasserinfrastruktur, wie ein brandneues Gutachten zeigt. Das ganze schöne Sondervermögen müsste also direkt in die Sicherung unserer

Trinkwasserversorgung fließen. Die Angst davor, dass bald kein Tropfen mehr aus dem heimischen Wasserhahn kommt, ist nicht unbegründet – allerdings nicht wegen des menschengemachten Klimawandels, sondern wegen maroder Wasserleitungen.

Das Gutachten, vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in Auftrag gegeben, ergab, dass bis zum Jahr 2045 etwa 800 Milliarden Euro in die Infrastruktur der Wasserversorgung gesteckt werden müssen. Dies ging aus einer Befragung von Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im Januar 2025 hervor.

In den vergangenen 22 Jahren flossen jährlich rund 10 Milliarden Euro in Erhalt und Erneuerung der Trinkwasser- und Abwasseranlagen. Doch bald überschreitet ein großer Teil der vorhandenen Infrastruktur seine Lebensdauer – beim Trinkwasserversorgungsnetz sind das 60 Jahre – so dass in den kommenden Jahren deutlich höhere Investitionen notwendig sein werden.

In den nächsten 20 Jahren müssen Bestandsanlagen erneuert, Kapazitäten erweitert und vorhandene Anlagen modernisiert werden. Dafür sind zwischen 2025 und 2034 rund 45 Milliarden Euro und zwischen 2035 und 2044 rund 34 Milliarden Euro jährlich an Investitionen notwendig, also 40 Milliarden Euro pro Jahr anstatt wie bisher 10 Milliarden. Insgesamt ergeben sich rund 800 Milliarden Euro: Bei 800.000.000.000 Euro Finanzbedarf und gut 80.000.000 Einwohnern entfallen in den nächsten 20 Jahren also etwa 10 000 Euro auf jeden Einzelnen in Deutschland, das sind 500 Euro pro Kopf (nicht etwa pro Haushalt!) und Jahr. Das ist nicht wenig.

Enorm hoher Investitionsstau

Das bedeutet: Ohne staatliche Zuschüsse werden die Wasserpreise steigen müssen. Denn die Wasserversorgung ist Sache der Kommunen, die sich ihre Investitionen über den Preis für das Trinkwasser von den Bürgern zurückholen müssen. Die Kommunalabgabenordnung fordert das Kostendeckungsprinzip – mit dem Trinkwasser darf kein Gewinn erzielt werden. Die Kosten für Betrieb, Wartung und Sanierung der Trinkwasserinfrastruktur wird über die Wassergebühren der Haushalte und Unternehmen finanziert. Die Wasserversorgungsunternehmen sind meist kommunal organisiert, zum Beispiel in Form von Stadtwerken.

Um größere Sanierungen und Modernisierungen, beispielsweise umfassende Leitungsnetzerneuerung, zu finanzieren, die mit den laufenden Einnahmen nicht gestemmt werden können, müssen die Kommunen Kapital bereitstellen: Sie nehmen dafür Kredite auf, zum Beispiel bei der KfW. Weil eine Erhöhung der Trink- und Abwasserwassergebühren politisch heikel ist – denn sie belastet die Haushalte ganz direkt – wurden notwendige Investitionen lieber hinausgezögert. Das ist ein Grund für den enorm hohen Investitionsstau.

Das Gutachten besagt auch, dass bis zu 15 Prozent der Investitionen auf „die zukünftig notwendige Anpassung an den Klimawandel und weitere Ereignisse“ zurückzuführen sind. Für diesen Teil der Ausgaben könnten also die Geldtöpfe des Bundes in Anspruch genommen werden. Prinzipiell sieht der Bund die Wasserversorgung zwar als kommunale Aufgabe. Aber es gibt Förderprogramme, die speziell auf die Finanzierung von Projekten zur Anpassung an den Klimawandel oder zur Modernisierung von Infrastruktur ausgelegt sind. Und nun gibt es eben auch das neue Sondervermögen für Infrastrukturmaßnahmen. Dieses „Extrageld“ vom Bund müsste nicht über den Wasserpreis direkt an den Bürger weitergegeben werden. Selbstverständlich muss am Ende trotzdem der einzelne Bürger für die Kosten geradestehen, aber er merkt es nicht gleich.

Klimabegründete Maßnahmen

Welche Maßnahmen für den Klimaschutz in der Trinkwasserversorgung sind damit gemeint? Sind sie sinnvoll oder unnötig?

Zu den klimabegründeten Maßnahmen gehört der Ausbau der Fernwasserversorgung, um Trinkwasser aus wasserreichen Regionen in Gebiete mit wenig Wasserverfügbarkeit liefern zu können. Das ist in jeder Hinsicht sinnvoll, denn hydroklimatisch gesehen ist Deutschland zwar ein wasserreiches Land mit Süßwasserressourcen von im Mittel 188 Milliarden Kubikmetern (siehe dazu auch hier und hier), aber mit großen regionalen Unterschieden. Bedingt durch die geologischen Untergrundbedingungen gibt es Regionen mit ausgedehnten und ergiebigen Grundwasservorkommen genauso wie Bereiche ohne nennenswerte Grundwasserspeicherung. Auch die Niederschlagsmengen sind regional sehr verschieden (siehe auch hier). Für kleinere Kommunen ist die Instandhaltung und Modernisierung der Wasserversorgung finanziell oft schwer zu stemmen. Durch den Eintritt in einen Wasserverband wird hier für Entlastung gesorgt.

Auch die Schaffung von Redundanzen, also zusätzlicher Gewinnungs-/Aufbereitungs- und Speicheranlagen als Reserve- und Sicherheitsmaßnahme kann dem Klimaschutz zugeordnet werden. Diese werden benötigt, um Ausfälle und Störungen in den technischen Anlagen zu verhindern oder deren Auswirkungen zu minimieren. Das ist in jeder Hinsicht sinnvoll, genauso wie der Bau zusätzlicher Speicheranlagen, um Verbrauchsspitzen abfangen zu können.

Ebenfalls in diesen Bereich gehört die Anpassung der Systeme auf sich ändernde gesetzliche Vorgaben, wie die Herabsetzung von vorhandenen Grenzwerten für bestimmte Inhaltsstoffe oder die Einführung neuer Grenzwerte für weitere Inhaltsstoffe. Das ist eine vernünftige Herangehensweise, weil solche Gesetzesänderungen bereits in der Diskussion sind.

Fazit: Unser Trinkwasser muss in den nächsten Jahren beträchtlich teurer werden, damit es weiterhin zuverlässig zur Verfügung steht.

Der Bürger soll wieder einmal erzogen werden

So gesehen ist der „Wassercent“ der Stadt Wiesbaden nur dreist zu nennen: Die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung beschloss diese Abgabe nämlich mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linken und Volt im Dezember 2023. Dieser „Wassercent“ fließt nicht etwa in die Wasserinfrastruktur, sondern soll die marode Stadtkasse auffüllen und kann für alles Mögliche ausgegeben werden.

Es ist eine Wasserverbrauchssteuer, zusätzlich zu der zu erwartenden Erhöhung des Wasserpreises. Das hessische Innenministerium als Kommunalaufsicht stoppte den „Wassercent“ zunächst, da mit den Wassergebühren nur die Kosten gedeckt und keine Gewinne erzielt werden dürfen. Eigentlich.

Doch die Stadt Wiesbaden klagte dagegen und bekam kürzlich Recht vor dem örtlichen Verwaltungsgericht. In der Begründung heißt es, diese Wasserverbrauchssteuer sei gerade hoch genug für einen Lenkungseffekt ohne dabei erdrosselnde Wirkung zu haben (siehe auch hier). Der Bürger soll also wieder einmal erzogen werden, weil's gut für's Klima ist! Was sich bei den Verwaltungsrichtern wohl noch nicht herumgesprochen hat: Die erdrosselnden Wirkungen addieren sich zurzeit gewaltig, und der Einzelne ist ohnehin schon bis an die Grenze des Möglichen finanziell belastet.

Uta Böttcher ist Diplom-Geologin mit dem Fachbereich angewandte Geologie, speziell Hydrogeologie.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

CO₂ – Wieviel können wir denn in Deutschland überhaupt bei „Net-Zero“ einsparen?

geschrieben von Andreas Demmig | 22. November 2025

Andreas Demmig, Recherchearbeit

Seltsamerweise ist in fast allen Veröffentlichungen der MS-Medien und der „Konsens-Wissenschaftler“ immer nur von Massen die Rede: „Diese

Windkraftanlage erzeugt xxx MWh pro Jahr und erspart yyy Tonnen Co2“
(und natürlich wie immer die Behauptung nachgeschoben: Damit können xxx
Haushalte versorgt werden“ – Na Sie wissen schon, in windarmen Zeiten
bitte nur die der Anhänger des EE)